

Flucht nach Europa: Ankunft unmöglich? Zur aktuellen europäischen Asylpolitik an den EU-Außengrenzen

**Paritätische Jahrestagung Asyl
Berlin, 21. Februar 2019**

Kerstin Becker

Referentin Flüchtlingspolitik /-hilfe

PARITÄTISCHER GESAMTVERBAND



Überblick

- Abschottung als erklärtes Ziel europäischer Migrationspolitik?
- Maßnahmen der EU zum Schutz der europäischen Außengrenzen
 - Migrationsagenda der EU-Kommission aus dem Jahr 2015 und ihre Umsetzung
- Legale Zugangswege als Alternative?

Wesentliche Ziele der aktuellen europäischen Migrationspolitik

- Rückkehr zu einem Schengenraum ohne Binnengrenzen
- Dies erfordert: wirksame Kontrolle über EU-Außengrenzen („2015 darf sich nicht wiederholen!“)
- Bekämpfung illegaler Migration über alle bestehenden und neuen Routen

(Schlussfolgerungen des Europäischen Rates, 28.06.2018)

Europäische Migrationsagenda (EU Kommission 2015)

3 Kernelemente des „umfassenden Konzepts zur Migrationssteuerung“:

- Maßnahmen außerhalb der Union
- Maßnahmen an den Außengrenzen
- Maßnahmen innerhalb der Union

(Mitteilung der Europäischen Kommission vom 04.12.2018 – Fortschrittsbericht zur Europäischen Migrationsagenda)

Externe Maßnahmen der EU-Migrationspolitik

Kooperationen mit Ländern Afrikas:

- EU-Treuhandfonds für Afrika, EU Investitionsoffensive für Drittländer – Aufwuchs von Mitteln für die EZ, insbes. Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderung
- Informationskampagnen für potentielle Migrant*innen
- Schulung & Ausstattung von Grenzschützern mit dem Ziel der Stärkung von Grenzkontrollen, z.B. in Niger, und der Küstenwache, z.B. in Libyen
- Operative Unterstützung bei der Verfolgung von Schleusern, z.B. durch EUROPOL (gemeinsame Ermittlerteams)

Folgen externer EU-Migrationspolitik

- „Fluchtursachenbekämpfung“ oder ausgelagerte Außengrenzkontrolle?
- Konsequenzen für afrikanische Staaten?
 - Binnenmigration = zentrales Mittel wirtschaftlichen Aufschwungs in Afrika wird kriminalisiert & erschwert
 - EZ dient in 1. Linie migrationspolitischen Interessen
- Folgen für Migrant*innen und Flüchtlinge?
 - Immer gefährlichere Migrationsrouten, mehr Tote
 - Push-Backs, Menschenrechtsverletzungen & Verstöße gegen das Refoulementverbot - insbesondere an der libyschen Küste

Maßnahmen an den EU-Außengrenzen

- **Ausbau und Zusammenführung der Informationssysteme an den Grenzen (Interoperabilität):**
 - Europäisches Reiseinformations- und Genehmigungssystem für sog. Positivstaatler
 - Ausbau des Visainformationssystems (sammelt Daten über Visanträge für Kurzaufenthalte)
 - Ausbau Schengener Informationssystem (u.a. bessere Nutzung von Fingerabdrücken)
 - Einführung eines Einreise- und Ausreisesystems zur Überwachung von „Overstayern“
 - Erweiterung von EURODAC für sog. illegal Aufhältige

Maßnahmen an den EU-Außengrenzen

- **Neufassung der FRONTEX-Verordnung:**

- Umwandlung in eine „echte“ Europäische Agentur für Grenz- und Küstenwache, bestehend aus EU-Agentur sowie den einschlägigen Behörden der Mitgliedstaaten
- Massiver Ausbau: Einrichtung einer ständigen Reserve von 10.000 Einsatzkräften & erheblicher Mittelaufwuchs
- Erweitertes Mandat: Personenkontrollen an den Außengrenzen, intensivere Zusammenarbeit mit Drittstaaten im Bereich Grenzmanagement und Migrationssteuerung (inkl. operativer Einsätze), eigene Eilkompetenz in Mitgliedstaaten, Koordination und Durchführung von Rückführungen
- Zuständigkeit in sog. „kontrollierten Zentren“, in denen Asylverfahren, Sicherheitsüberprüfung und Abschiebungen durchgeführt werden sollen

Maßnahmen an den EU-Außengrenzen

- **Vervierfachung der Mittel für die Außengrenzen auf 21 Mrd. im Rahmen des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens (2021-2027) geplant**, u.a. zur Ermöglichung der Einführung moderner Informationstechnologiesysteme
- **Aktuell 4 laufende EU-Operationen im Mittelmeer** („Poseidon“, „Themis“ und „Indalo“ durch die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache sowie „Sophia“ im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik) mit dem Mandat der Grenzkontrolle – „auch“ Seenotrettung (dazu später mehr)

EU-Türkei-Deal als Erfolgsmodell?

- EU-Türkei-Abkommen wird weiterhin als Erfolgsmodell für weitere Abkommen gehandelt
- **insbesondere für die westliche Mittelmeerroute**, bei der 2018 mehr als 60.000 Einreisen verzeichnet wurden - ein Anstieg um 126% ggü. 2017
- Zusammenarbeit mit Marokko und Mauretanien soll gestärkt, Dialog mit Ägypten und Tunesien gestärkt, und Zusammenarbeit mit Äthiopien weiter entwickelt werden

(Mitteilung der Europäischen Kommission vom 04.12.2018 - Fortschrittsbericht zur Europäischen Migrationsagenda)

Folgen des EU-Türkei-Deals

- Festhalten von Asylsuchenden in Hotspots auf den griechischen Inseln unter menschenunwürdigen und gesundheitsschädigenden Bedingungen, Verstoß gg. europäische Aufnahmerichtlinie sowie EMRK
- Kein faires und zügiges Asylverfahren, sondern nur verkürzte Prüfung, ob Türkei ein sog. sicherer Drittstaat ist oder besondere Schutzbedürfnisse vorliegen (dann Transfer aufs Festland und Asylverfahren in Griechenland)
- Kein effektiver Zugang zu Rechtsberatung und Rechtsschutz
- Überforderung der Bevölkerung vor Ort
- Gefahr des Refoulements aus der Türkei

Ausbau des Konzepts sicherer Drittstaaten

- Reformvorschläge zur Asylverfahrens-VO und Dublin-IV Verordnung sehen zwingende Prüfung von sog. sicheren Drittstaaten an den EU-Außengrenzen – also ebenfalls in Hotspots – vor
- Anforderungen an diese sollen abgesenkt werden: eine „sinnvolle Verbindung“ zwischen Asylsuchenden und Drittstaat, z.B. durch Familienangehörige, ein unterstützendes Netzwerk oder langjährige Voraufenthalte soll nicht mehr Voraussetzung sein – (Rück-)schiebung also in alle Staaten außerhalb der EU möglich
- Massiver Anstieg von Grenzverfahren, Auslagerung von Asylverfahren und Verweigerung des individuellen Rechts auf Asyl wäre die Folge

Folgen der Auslagerungspolitik

- Abnahme von Schutzraum weltweit: schon jetzt leben mehr als 80% der Schutzsuchenden in Ländern des globalen Südens
- Nachahmungsgefahr für andere Aufnahmestaaten aufgrund fehlender Solidarität des wohlhabenden Europas
- Geltung der europäischen Menschenrechte – Umgehung des Urteils des EGMR Hirsi ./.. Italien
- Humanitäre und menschliche Katastrophen <> europäische Werte?
- Zukunft des individuellen Rechts auf Asyl?
- Fehlende Solidarität und Einigkeit bei der Aufnahme von Schutzsuchenden zwischen den EU-Staaten = Auslagerung als einziger gemeinsamer Nenner?

Legale Zugangswege als Alternative?

- **Resettlement:** 27.800 neu angesiedelte Personen von 2015 - 2017, 15.900 in 2018 neu angesiedelt in der EU
- EU-weit 50.000 Plätze für 2018 - 2019 zugesagt – bei einem weltweiten Bedarf von 1,4 Millionen
- **Familienzusammenführung:** massive Einschränkungen beim Nachzug zu subsidiär Geschützten, auch ansonsten langwierige Verfahren mit großen bürokratischen Hürden
- **Humanitäre Visa und Humanitäre Aufnahmeprogramme:** verschwindend geringe Zahlen, kaum noch HAPs
- **Fachkräfteeinwanderung:** nur für Qualifizierte

Legale Zugangswege als Alternative?

- **Relocation** für aus Seenot Gerettete & über das Mittelmeer Ankommende:
 - Neuer Ansatz von Kommission & verschiedenen Mitgliedstaaten, u.a. Deutschland
 - Beteiligung der MS freiwillig
 - Verteilungsschlüssel nicht mehr – wie aktuell – Schiff für Schiff, sondern zumindest bis zu einer Einigung über die Dublin-IV-VO geplant
 - Unter welchen Voraussetzungen? – siehe ECRE Vorschlag
 - Möglicherweise ein erster Ansatz, um die Solidaritätskrise aufzubrechen